

POSITIONEN

03 | 2007
Christian Wulff

Das Vermächtnis der
Widerstandskämpfer
des 20. Juli 1944

DIE BEDEUTUNG DES
CHRISTLICHEN GLAUBENS FÜR
DIE WIDERSTANDSKÄMPFER

ISBN 978-3-939826-54-5

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung

Rede des Niedersächsischen Ministerpräsidenten anlässlich einer Veranstaltung des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung „Das Vermächtnis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 – Die Bedeutung des christlichen Glaubens für die Widerstandskämpfer“ am 25. Juni 2007 in Hannover.

INHALT

5		EINLEITUNG
7		„MAN MUSS GOTT MEHR GEHORCHEN ALS DEN MENSCHEN“ – WIDERSTAND ZWISCHEN GEWISSEN UND GEHORSAM
9		DIE HISTORISCHEN BEDINGUNGEN FÜR DAS HANDELN DER WIDERSTANDSKÄMPFER
15		WIDERSTAND AUS DEM GLAUBEN
19		DAS VERMÄCHTNIS DES 20. JULI 1944. GLAUBE UND GESELLSCHAFT HEUTE
23		DER AUTOR

© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-54-5

EINLEITUNG

Wir sprechen heute über das wichtigste menschliche, politische und geschichtliche Erbe, das wir aus den dunkelsten Jahren deutscher Geschichte zum würdigen Bewahren, vor allem aber als Auftrag erhalten haben und an die nachfolgende Generation weitergeben wollen und müssen: „Das Vermächtnis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944“.

Die Frauen und Männer des Widerstandes gegen Adolf Hitler und sein verbrecherisches Regime sind uns in ihrem Handeln Vorbild. Sie handelten, sie dachten politisch, sie stellten ihr Handeln vor das Forum der Geschichte – und doch ist es vor allem die menschliche Dimension, die uns anrührt und in der ihre Wirkung auf uns letztlich gründet. Dabei sehen wir den Widerstandskämpfern gleichsam in das Herz. Sie sprechen zu uns in ihrer moralischen Einstellung, geben uns Einblick in ihr Gewissen – und auch in ihre religiösen Überzeugungen.

Wir wollen der Frage nachgehen, wieweit die christliche Prägung dieser Frauen und Männer ihr Menschsein bestimmt hat und für ihr Handeln maßgeblich geworden ist. Und wir wollen uns fragen, was davon heute für uns wichtig ist.

„Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“, so antwortet Petrus dem Hohepriester, der ihn anklagt, in Jesu Namen zu predigen. Dieses Wort des Petrus aus der Apostelgeschichte kam mir im Zusammenhang mit dem 20. Juli aus mehreren Gründen in den Sinn.

Zum einen ist die Apostelgeschichte das „Buch der Taten“, wie es im griechischen Urtext und auch im Lateinischen deutlich wird, wo das Buch schlicht „Taten der Apostel“ heißt. Hier zeigt sich im Titel, dass der christliche Glaube nichts Abstraktes oder Entrücktes, sondern vielmehr konkrete Handlungsanweisung ist und zum Handeln in der Nachfolge Christi aufruft und befähigt. Das gilt grundsätzlich, aber

auch im Blick auf das Handeln der Widerstandskämpfer gegen Hitler. Sie haben ihrem christlichen Glauben Taten folgen lassen.

Zum anderen erfasst das Schlüsselwort „gehorsam“ in dieser Antwort des Petrus an den Hohepriester den zentralen Gewissenskonflikt, in dem sich die Offiziere des militärischen Widerstandes und des Attentats vom 20. Juli 1944 befanden. Noch heute muss sich jede Soldatin und jeder Soldat mit ihrer bzw. seiner Pflicht zum Gehorsam, mit den Folgen, aber auch den Grenzen dieser Gehorsamspflicht auseinandersetzen.

Wir haben im demokratischen Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, dass es zu unlösbaren Konflikten zwischen Gehorsam und persönlichem, auch christlichem Gewissen kommen kann. Wir haben als Konsequenz das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in unsere Verfassung geschrieben – anders als es der NS-Staat tat, anders als es auch noch die DDR getan hat.

Für uns hat jeder Befehl, hat jeder Gehorsam eine letzte Grenze – das eigene Gewissen. Im totalitären NS-Staat galt dies alles nicht. In Hitlers Wehrmacht war der Konflikt von Gottesgehorsam und Menschengehorsam wahrhaft existentiell, musste letztlich bis zur bitteren Konsequenz durchgestanden werden. Dies müssen wir in Betracht ziehen, wenn wir das Handeln und Leiden dieser Frauen und Männer angemessen würdigen wollen.

„MAN MUSS GOTT MEHR GEHORCHEN ALS DEN MENSCHEN“

WIDERSTAND ZWISCHEN GEWISSEN UND GEHORSAM

Nur wenn Grundsätze in einer konkreten existentiellen Situation, im Rahmen der gegebenen historischen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, gelebt werden, zeigen sie ihre Substanz und ihren Wert. Nur dann erkennen wir recht eigentlich den Menschen, der diese Grundsätze vertritt. Daher gilt es, sich die Lage, in der sich die Frauen und Männer des Widerstandes befanden, fassbar zu vergegenwärtigen.

„Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ – vieles verbindet die Haltung und das Märtyrertum der Apostel mit den handelnden Personen des 20. Juli 1944: Es ist das Eintreten mit der eigenen Person für das als richtig und wahr Erkannte und Aufgetragene – ohne Ansehen der Gefahr für Leib und Leben. Es ist das mutig bekennde Handeln aus dem christlichen Glauben heraus, die Haltung der Zeugschaft im Angesicht von Einschüchterungsversuchen und Verfolgung.

Doch die Macht der Bedrohung und Verfolgung war nicht stärker als die Kraft des Glaubens. Zu Zeiten der Apostel nicht – und nicht für die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Ihr Glaube gab auch den Frauen und Männern des Widerstandes – wie damals Petrus und den Aposteln – den

Mut und die innere Stärke, als Angeklagte vor dem Volksgerichtshof dem tobenden Blutrichter Roland Freisler mit fester Überzeugung mutig entgegenzutreten. Obgleich sie wussten, dass ihr Leben verwirkt war, traten auch sie der Anklage im Geist des Petruswortes entgegen, entzogen auch sie sich dem absoluten Machtanspruch des Unrechtstaates.

Auch in ihrer Zusammensetzung gleichen die Widerstandskämpfer in vielem der in die Isolation getriebenen und verfolgten Urchristengemeinde. Ähnlich mühsam formierte sich der Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime über politische, konfessionelle und soziale Unterschiede hinweg. Nur schwer überwandten die einzelnen Zellen und Gruppen des Widerstands gegen Hitler die überkommenen innerparteilichen, innerkirchlichen, weltanschaulichen oder gruppeninternen Konflikte, obgleich sie sich in der Ablehnung der Willkürherrschaft der Nationalsozialisten einig waren und alle jederzeit mit Denunziation, Entdeckung und Verhaftung rechnen mussten.

DIE HISTORISCHEN BEDINGUNGEN FÜR DAS HANDELN DER WIDERSTANDSKÄMPFER

Es ist oft gefragt worden, warum es keinen breiten institutionellen Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime gab, weder in der Politik noch im Militär noch in den Kirchen, und es letztlich Einzelne oder kleine Gruppen waren, die handeln mussten.

Die Gründe dafür sind offensichtlich: Einmal verstand es das Regime, sofort und blitzschnell sämtliche Institutionen des Staates und der Gesellschaft zu vereinnahmen und fast alle gleichzuschalten. Damit waren in kurzer Zeit sämtliche Plattformen, auf denen Widerstand von innen möglich gewesen wäre, verschwunden. Letztlich konnte der Nationalsozialismus dann auch nur mit Gewalt und von außen besiegt werden.

Die Grundlage für diese fatale Entwicklung wurde aber schon früher gelegt. Es war das Versagen der Eliten und der Institutionen, der Parteien, des Militärs, der Kirchen in der Weimarer Republik und in den Anfangsjahren der NS-Herrschaft bei der Verteidigung von Demokratie und Freiheit. Wir stehen noch heute fassungslos vor dieser Tatsache, aber sie ist nicht wegzudiskutieren.

Da waren zum einen die politischen Parteien, ausgezehrt und demoralisiert durch die Dauerkrise der Weimarer Republik und des noch jungen und ungeübten Parlamentarismus. Als Hitler mit der Dynamik und Zielstrebigkeit des Usurpators sein Regime etablierte und absicherte, standen sie hilflos, wie gelähmt, am Rande, den Ernst der Lage katastrophal unterschätzend – bis es zu spät war.

Da war das traditionell ständisch geprägte, monarchisch-national gesinnte Militär. Sein Selbstbewusstsein und sein Selbstverständnis waren durch die – wie man glaubte – unverdiente Niederlage im Kriege, durch Meuterei und Revolution, durch den Zusammenbruch der Monarchie, schließlich durch das als schmachvoll empfundene so genannte Diktat von Versailles gedemütigt und verunsichert worden. Die wenig stabile neue Republik und ihre Institutionen fanden in den Reihen des Militärs nur wenig Unterstützung, ja, sie stießen sogar überwiegend auf Ablehnung. Auch hier hatten die Nationalsozialisten leichtes Spiel. Schon in den Zwanzigerjahren war die Reichswehr quasi ein „Staat im Staate“ mit republikferner Gesinnung.

So ist es zu erklären, dass sich das Militär bei aller Reserve gegenüber dem „böhmischen Gefreiten“ Hitler von dessen Versprechen einnehmen ließ, einen radikalen innenpolitischen Wandel einzuleiten, eine breite Wehrbereitschaft einzuführen, die Vorrangstellung der Reichswehr gegenüber SA und dann SS zu garantieren, die Aufrüstung voranzutreiben, die vermeintliche Schmach des „Versailler Diktats“ zu löschen und gegen den so genannten Bolschewismus vorzugehen.

Die schnell folgenden außenpolitischen Erfolge und die Aufrüstung zum modernsten Heer Europas innerhalb weniger Jahre nahm das Militär mit Genugtuung zur Kenntnis. Als die kriegerischen Absichten Hitlers deutlicher wurden, regten sich zwar Bedenken bis hinein in die militärischen Spitzen, die aber rasch verflogen, als die Westmächte in der Sudetenkrise einknickten und der rasch beendete Frankreichfeldzug vermeintlich Revanche für Versailles gebracht zu haben schien. Aus der deutschen Generalität war Hitlers Generalität geworden.

Diese Entwicklung festigte die traditionelle Bindung des Militärs an den Staat noch mehr – und erreichte eine neue Dimension durch den persönlichen Eid auf Hitler als Führer, den jeder Soldat leisten musste. So erklärt es sich z.B., warum nur wenige Offiziere auch dann, als sie das

Ausmaß der verbrecherischen Taten des Regimes erkannten, nur zögerlich und durch Gewissensnöte vielfach gelähmt damit begannen, Front gegen das Regime zu machen. Erst der Vernichtungsfeldzug im Osten mit seinen millionenfachen Gräueltaten und Opfern unter der Zivilbevölkerung mobilisierte schließlich stärkeren Widerstand im Offizierskorps.

Als dritte große Institution, von der man einen breiteren Widerstand hätte erwarten können, ist die Kirche zu betrachten. Doch auch die Kirchen beider Konfessionen waren traditionell eher antidemokratisch eingestellt, auch in den Kirchen herrschte eine beträchtliche Autoritäts- und Obrigkeitsgläubigkeit. Das waren keine günstigen Voraussetzungen für einen offenen Protest gegen das Regime.

Die katholische Kirche baute auf vertragliche Regelungen mit dem NS-Staat. Sie tat dies bereits am 20. Juli 1933 mit dem Reichskonkordat. Darin sicherte Hitler der katholischen Kirche zu, nicht in ihren inneren Raum, namentlich die Priesterausbildung, die Seelsorge und die Caritas einzugreifen. Im Gegenzug nahm die katholische Kirche die Entmachtung, ja die Auflösung des politischen Katholizismus in Kauf, wie er sich in der Weimarer Zentrumspartei verkörperte, und verlor damit ihren Einfluss auf die weitere Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland. Zudem versäumte sie es, katholische Bewegungen, Verbände und Gewerkschaften durch konkrete Nennung im Konkordat vor Gleichschaltung, Entrechtung, Verbot und Verfolgung zu schützen. Vor allem aber bestätigte der Vatikan mit dem Konkordat Hitler und sein Regime in der deutschen und internationalen politischen Öffentlichkeit – das Konkordat kam quasi einer frühen Legitimierung des neuen Regimes gleich.

Im Folgenden scheiterte jeder Versuch der katholischen Bischöfe, vereint gegen das verbrecherische Handeln des NS-Regimes vorzugehen. Die katholische Bevölkerung wartete vergebens und mit sinkendem Mut auf ein öffentliches Zeichen ihrer Hirten. Dieses Zeichen erfolgte erst spät, zu spät – beispielsweise im Jahre 1937 durch die päpstliche Enzyklika „Mit brennender Sorge“ oder im August 1941 durch die Predigt des Löwen von Münster, Bischof Graf von Galen, gegen die Massentötungen im Rahmen des Euthanasiegesetzes. Diese Predigt veranlasste das Regime zu einer weniger auffälligen Vorgehensweise. Wir können daher heute nur vermuten, was ein geschlossener öffentlicher Protest der Kirchen hätte bewirken können!

Die evangelische Kirche, insbesondere die evangelisch-lutherische Kirche, war in ihrem Verhältnis zum Staat geprägt durch Luthers Zwei-Reiche-Lehre sowie durch die unheilvolle „Ehe von Thron und Altar“ und das Gottesgnadentum im Wilhelminismus. So war unter Wilhelm II. und Bismarck der Nationalismus tief in die evangelische Pastorenschaft eingedrungen. Die Mehrzahl der evangelischen Bischöfe war deutschnational-monarchisch gesinnt. Immer stärker unter Druck gesetzt, sich nach dem Ende der Weimarer Republik zu den neuen Machthabern zu bekennen, spaltete sich die evangelische Kirche schon bald in die Deutschen Christen unter Reichsbischof Müller und die Bekennende Kirche.

Der damit begonnene Kirchenkampf innerhalb der evangelischen Kirche gab dem deutschen Protestantismus zwar einerseits die Möglichkeit, neu zu sich zu finden. Andererseits muss klar gesehen werden, dass auch die Bekennende Kirche selbst bald tief in sich gespalten war. Hier kommt dem Theologen Dietrich Bonhoeffer eine besondere Rolle zu.

Bonhoeffer sah nicht in den Deutschen Christen die eigentliche Gefahr für die Substanz des von der Kirche zu vertretenden und zu schützenden christlichen Glaubens. Er sah auch in der Bekennenden Kirche den geliebten Glauben gefährdet in der Orthodoxie derjenigen, die sich hinter überkommenen theologischen Positionen verschanzten und allein um ihre Organisation besorgt waren.

Heute wissen wir: Der Kampf um die Kirchenleitungen wurde weit vehementer geführt als der Kampf für die entrechteten, verfolgten Juden. Es war Bonhoeffer, der schon früh, nämlich 1934, forderte, dass die Kirche sich aktiv gegen den Unrechtsstaat wenden, d.h. politisch handeln müsse. Er selbst schloss sich daher schon früh dem Widerstand an. Es war Bonhoeffer, der auf der Grundlage von Karl Barths Schriften den Tyrannenmord theologisch rechtfertigte. Und es war ‚seiner‘ Kirche, die ihn dafür praktisch ausschloss, ihn nicht einbezog in die Gebete für die im Gefängnis sitzenden Mitglieder der Bekennenden Kirche, sich strikt von ihm distanzierte nach Bekanntwerden seiner Beteiligung am Attentat vom 20. Juli 1944!

Das alles sind Tatsachen, die wir schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen. Um das Zögern und Hadern sowie die Vereinzelung innerhalb des Widerstandes zu verstehen und es aus heutiger Sicht nicht vorschnell und vielleicht auch ungerecht zu verurteilen, müssen wir uns immer

wieder vor Augen führen, wie perfide der NS-Staat bis in den letzten Winkel der staatstragenden Institutionen durchorganisiert war und wie rasch dies vonstatten ging.

Wir müssen uns vor Augen führen, wie früh und gründlich Verbot und Verfolgung einsetzten. Unter der Diktatur waren nicht weniger als drei Millionen Menschen aus politischen Gründen inhaftiert!

Wir müssen uns vor Augen führen, wie der Staat das menschliche Miteinander bis in den privaten Raum hinein durchdrungen und mit einer Atmosphäre des Misstrauens und des Denunzierens vergiftet hatte: Andersdenkende wurden in die Isolation getrieben, Andershandelnde setzten sich der Gefahr für Leib und Leben aus.

Wir müssen uns vor Augen führen, wie fundamental neu die Ideologie der Nationalsozialisten war in ihrer unheimlichen Amoralität, die alle bisherigen Maßstäbe außer Kraft setzte. Und gerade das machte sie zugleich anziehend für viele Orientierungslose, Verunsicherte, Enttäuschte und latent Gewaltbereite jener Jahre.

Wir müssen uns vor Augen führen, wie groß die suggestive Sogwirkung der so genannten „Nationalen Erhebung“ der Nationalsozialisten war, eingebettet in das große Ritual, in das sie die Politik mit ihrer betäubenden Propaganda verwandelt hatten. Das muss man sich vor Augen führen, wenn man zu einem angemessenen Urteil gelangen will über die Chancen des Widerstandes gegen das NS-Regime.

WIDERSTAND AUS DEM GLAUBEN

Nachdem das Regime einmal etabliert war, konnte sich Widerstand nur noch schwer formieren. Es kam nun auf Einzelne an, die noch Zugang zum Machtapparat des Staates hatten. Gruppen hatten die Kraft zum abweichenden Denken, hatten überhaupt eine Vorstellung von einem anderen Deutschland:

- Angehörige der politischen Linken mit festen ideologischen und solidarischen Bindungen;
- Angehörige der oberen Mittelschicht und der Oberschicht: das Bildungsbürgertum, Offiziere, Diplomaten, Beamte, unabhängige Intellektuelle und einige Geistliche;

Diese hatten eigene moralische Maßstäbe und feste politische und gesellschaftliche Überzeugungen. Und dennoch: Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass sich der Widerstand in Deutschland nicht gegen einen externen Landesfeind richtete, sondern gegen den eigenen Staat und dass er auf den Tod seines obersten Vertreters zielte. Das macht einen erheblichen Unterschied und zeigt, in welcher letztlich verzweifelten Lage sich die Widerständler befanden, dass sie als Offiziere Vaterlandsverrat und Eidbruch und als Christen den Tyrannenmord auf sich zu nehmen bereit waren. Sie standen, wie wir gesehen haben, im Konflikt zwischen der vom Regime geforderten Gehorsamspflicht und christlich geprägtem Gewissen.

Zwei Bibelstellen spiegeln die innere Zerrissenheit der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 in moralischer, aber besonders in theologischer Dimension wider, sie waren zugleich auch Grundlage der theologischen Auseinandersetzung in den Widerstandskreisen selbst: Römer 13, Verse 1 und 2: „1. Jedermann sei Untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott angeordnet. 2. Wer sich nun der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt der Anordnung Gottes; die ihr aber widerstreben, ziehen sich selbst das Urteil zu.“ und die bereits zitierte Stelle aus der Apostelgeschichte: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“.

Die Diskussion gipfelte in der Frage, ob der Tyrannenmord ethisch gerechtfertigt wäre.

Dass dieser Konflikt heute in Deutschland, in Europa nicht mehr auf Leben oder Tod hinauslaufen muss, das verdanken wir, davon bin ich überzeugt, auch dem Handeln der Attentäter vom 20. Juli 1944.

Der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg hat jüngst in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung dargestellt, warum der moderne Staat und das Christentum als monotheistische Religion im heutigen westlichen Europa friedlich koexistieren können, obgleich beide den Anspruch erheben, die letzte Instanz für verbindliche Regelungen des Zusammenlebens zu sein.

Diese einvernehmliche Koexistenz basiert auf der Bereitschaft und der Fähigkeit von Staat und Christentum zur wechselseitigen Selbstbeschränkung. Der Staat hat sich selbst gebunden, indem er zum Verfassungsstaat wurde und die Kirche ist bereit, die Autonomie der politischen Sphäre anzuerkennen und sich allein in den vom Verfassungsstaat festgelegten Grenzen zu betätigen.

Das Christentum kann das tun, ohne seinen Anspruch zu verlieren, weil in seinem Zentrum kein apodiktischer Gesetzeskatalog steht, sondern das Doppelgebot der Liebe, der Gottes- und der Nächstenliebe. Peter Graf Kielmansegg führt dazu aus:

„Weil das Christentum keine Gesetzesreligion ist, sondern nur das eine Gebot kennt, dass wir Verantwortung für unsere Mitmenschen übernehmen sollen, ist es offen für die Unterscheidung von Recht und Moral,

kann es die rechtliche, also sanktionenbewehrte Regulierung des Zusammenlebens der Menschen einer anderen Instanz überlassen“.

Für den NS-Staat war eine solche Selbstbeschränkung undenkbar. Sie lief seinem Bestreben, die innere Umgestaltung der Gesellschaft gemäß seiner Ideologie schnellstmöglich und umfassend voranzutreiben, diametral entgegen. Der Machtanspruch des nationalsozialistischen Regimes war totalitär. Um ihn durchzusetzen, verstieß das Regime täglich in elementarer Weise gegen die Menschenrechte und gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Es richtete sich dabei keineswegs nur gegen das Judentum, sondern auch gegen das Christentum, das Hitler kaum weniger hasste und das er nach dem Krieg endgültig zu überwinden trachtete.

Helmuth James Graf von Moltke, der in diesem Jahr wie auch Alfred Delp und Claus Schenk Graf von Stauffenberg seinen 100. Geburtstag gefeiert hätte, berichtet in seinem letzten Brief an seine Frau Freya vom 10. und 11. Januar 1945 von seiner Verhandlung vor dem Volksgerichtshof. Während der Verhandlung ließ sich dessen Präsident Roland Freisler zu der Bemerkung hinreißen: „Herr Graf, eines haben das Christentum und wir Nationalsozialisten gemeinsam, und nur dies eine: wir verlangen den ganzen Menschen“.

Und eben diesem Anspruch der Machthaber widersetzten sich die Widerstandskämpfer. Denn sie wussten: Die Nazis verlangten fürwahr den ganzen Menschen, nämlich um ihn zu beherrschen, zu formen, und, falls das nicht gelänge, zu vernichten.

Für sie dagegen war das christliche Liebesgebot maßgeblich, kompromisslos als Doppelgebot. Für sie galt die Verpflichtung, aus dem Gottesverhältnis heraus die Verantwortung für den Nächsten zu übernehmen. Und für den Christen ist der Nächste nicht nur der Parteigenosse oder der Kamerad oder der Bruder bzw. die Schwester im Glauben, sondern der Mitmensch schlechthin.

Dietrich Bonhoeffer führt in seiner „Ethik“ an den Seligpreisungen der Bergpredigt aus, was das Liebesgebot in der Nachfolge Christi fordert. In der Auslegung der Weisung „Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen“ verdeutlicht er, was Nächstenliebe ist, nämlich „eine unwiderstehliche Liebe zu den Geringen, Kranken, Elenden,

zu den Erniedrigten und Vergewaltigten, zu den Unrecht Leidenden und zu den Ausgestoßenen“.

Angesichts der Realität im Nationalsozialismus wird damit aus der privaten Dimension des Glaubens eine unmittelbar politische: Die Christen sind gefordert, gegen die Machthaber dieser Welt an die Seite der Entrechteten und Verfolgten zu treten. Dieser Auftrag am Nächsten in der Nachfolge Christi machte die menschliche Grundprägung der Widerstandskämpfer des 20. Juli aus.

„Ich denke jetzt manchmal – was ich seit Monaten nicht getan habe – darüber nach, wie alles wäre, wenn ich am Leben bliebe [...]“

Dieses Zitat aus einem der letzten Briefe Moltkes aus der Haft soll verdeutlichen, warum der christliche Glaube auch in einer weiteren Hinsicht von existenzieller Bedeutung war für die Frauen und Männer des Widerstandes. Sie alle lebten und handelten nicht nur in der Gefahr des Scheiterns, sondern vor allem im Angesicht eines nahen und gewaltsamen Todes.

Ihr christlicher Glaube hatte in den Frauen und Männern des Widerstandes nicht nur ein unbestechliches Gewissen, das Wissen um Gut und Böse, um Recht und Unrecht und damit Orientierung und Halt im Strudel des Bösen verankert. Ihr Glaube gab ihnen zudem die Fähigkeit, über das Hier und Jetzt hinauszublicken, half ihnen, die extremen Dauerbelastungen der Grenzsituation – nicht zuletzt die Angst um die Angehörigen und befreundeten Mitverschwörer – auszuhalten, ermöglichte ihnen, in der Hoffnung auf Erlösung und Rechtfertigung zu leben.

Davon legen die vielen Briefe und Berichte aus der Haft ein eindrucksvolles Zeugnis ab. Zu lesen, wie die todgeweihten Inhaftierten miteinander und füreinander beteten, wie sie, weil sie nicht miteinander sprechen durften, aus ihren Einzelhaftzellen heraus gemeinsam die Melodien von Kirchenliedern pfliffen, um sich gegenseitig aufzurichten, wie sie es in ihrer Bedrängnis schafften, den bekümmerten Eltern, Ehefrauen, Kindern und Freunden aus den Zellen heraus Trost zuzusprechen, wie sie allesamt nach zum Teil schweren inneren Kämpfen über sich selbst hinauswuchsen und in Demut ihr Schicksal annahmen – all dies sind bewegende Zeugnisse eines in großer Prüfung gestärkten Glaubens – und darin für uns alle ein Vermächtnis von besonderem Gewicht und besonderer Bedeutung.

DAS VERMÄCHTNIS DES 20. JULI 1944

GLAUBE UND GESELLSCHAFT HEUTE

Der 20. Juli 1944 stellt den Höhepunkt des Widerstandes gegen Hitler dar. Das Scheitern des Attentats birgt in sich eine tiefe Tragik. Es forderte das Leben vieler Menschen und konnte doch nicht verhindern, dass Deutschland seinen Leidens- und Irrweg mit noch unendlich mehr Opfern bis zum bitteren Ende gehen musste.

Zugleich können wir heute sagen: Das Attentat scheiterte zwar, aber es war nicht vergeblich! Es ist ein moralisches Fanal inmitten des Bösen. Es ist nicht zu viel gesagt: Ohne die Widerstandskämpfer des 20. Juli hätten wir Deutschen unsere Ehre nicht wahren bzw. wiedererlangen können. Sie waren Zeugen dafür, dass die Deutschen nicht alle nur Mitläufer waren oder schlimmstenfalls Verbrecher.

Carlo Schmid hat das einmal so ausgedrückt und damit wohl am besten die historische und moralische Bedeutung der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 beschrieben: „Hätte es nicht das Heldentum der Frauen und Männer des Widerstandes gegeben, was gäbe unserem Volk das Recht, den Menschen anderer Völker ins Auge zu blicken?“

Für die Verschwörer des Kreisauer Kreises, die bekanntlich ganz verschiedene Weltanschauungen vertraten, bestand völlige Einigkeit darüber, dass „das andere Deutschland“ nach Hitler und dem Nationalsozialismus auf christlichen Grundwerten basieren müsse. Damit war beileibe kein exklusives, ausgrenzendes Verständnis von Christentum gemeint, kein Christentum, das mit konkreten Handlungsanweisungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufwarten könnte. Vielmehr geht es um ein Christentum, dessen zentrale Botschaften und Lehren längst zu universalen Werten und als solche Teil der europäischen Identität geworden sind.

Entscheidend ist, gerade in einem weltanschaulich neutralen Staat und einer offen-pluralen Gesellschaft, seine integrative Kraft, seine Fähigkeit, moralische Orientierung und Motivation zum Handeln zu geben.

Hans Maier hat in einer Rede zum 100. Geburtstag von Helmuth James Graf von Moltke im März dieses Jahres gesagt: Der Anstoß, den die Attentäter gegeben haben „wirkte weiter, er reichte bis in die Nachkriegszeit hinein, er führte zu einer Überprüfung des überlieferten Denkens bezüglich Staat, Individuum, öffentlicher Ordnung, Menschenrechten – ein Prozess, der bis zur Stunde anhält. Wir Späteren, die wir heute selbstverständlich und manchmal achtlos in einer rechtsstaatlichen Demokratie leben, verdanken den Männern und Frauen des Widerstandes vieles, ja fast alles.“

Das Attentat ist für mich die Keimzelle des politischen und gesellschaftlichen Neubeginns nach der totalen Niederlage. Das selbstlose, mutige Handeln der Attentäter war eine entscheidende Wurzel für den staatlichen Neubeginn nach 1945 und die Bundesrepublik Deutschland. Aus dieser Wurzel wuchsen die verfasste und garantierte Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte, Freiheit, Demokratie. Für dieses „andere – und ich ergänze: bessere – Deutschland“ sind die Offiziere und Widerständler des 20. Juli 1944 gestorben.

Sie setzten sich ein und starben, damit wir in Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit aufwachsen konnten, also unter Bedingungen, wie sie nur ein Verfassungsstaat und ein intaktes Gemeinwesen gewährleisten können.

Wie gehen wir mit diesem Erbe um, heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in einer stark säkularisierten, pluralistischen Gesellschaft? Ich frage: Was ist von dem Erbe übrig geblieben – in unserem Staatswesen, in jedem von uns?

Sind wir uns des Wertes von Rechtsstaatlichkeit, von Demokratie, von Freiheit in Frieden und Wohlstand noch in ausreichendem Maße bewusst? Oder gehen wir nicht manchmal zu achtlos und auch lieblos mit diesen höchsten Gütern unseres Zusammenlebens um? Setzen sie sogar leichtfertig aufs Spiel? Radikalismus und Gewaltbereitschaft von Links wie von Rechts sehe ich als Symptome einer Gefährdung genauso wie das hartnäckige verdrossene Schweigen einer lethargischen Minderheit, die dennoch eine schweigende Mehrheit darzustellen scheint. Die nämlich von der Politik nichts erwartet und auch selber nicht bereit ist, aktiv zu werden.

Welche Gefahr damit verbunden ist, liegt auf der Hand. Wie wir der Gefahr begegnen können, ist die große Frage auch heute, in der Zeit des Pluralismus und damit einhergehend auch des Relativismus.

Der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Ernst-Wolfgang Böckenförde, ist schon oft zitiert worden, wonach der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. „Als freiheitlicher Staat“, so Böckenförde, „kann er nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert.“

Anders gesagt: Eine Ordnung von Freiheit und Gerechtigkeit ist uns nicht von Natur gegeben, es sei denn, wir leben sie selbst und verteidigen sie – gegen Bedrohungen von außen, etwa durch politischen Radikalismus oder weltanschaulich-religiösen Terrorismus, aber wohlgerne auch gegen die eigene Lethargie und Bequemlichkeit!

Der marokkanische Schriftsteller Tahar Ben Jelloun sagte dem SPIEGEL, dass Demokratie keine Pille sei, „die einem morgens verabreicht wird, und abends ist man kuriert.“ Nein, „Demokratie ist eine Kultur, die in einer Gesellschaft von unten wachsen muss und von oben gefördert werden soll.“

Daher wünsche ich mir, dass wir uns von dem Vorbild der Widerstandskämpfer immer wieder aufrütteln lassen, für unser Gemeinwesen, und das heißt für unsere Mitbürger, einzutreten. Erst wenn wir Toleranz, Mitmenschlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und auch Zivilcourage im täglichen Miteinander, d.h. in den Familien, im Freundeskreis, in Schulen, Vereinen und Organisationen, im Beruf, in der Öffentlichkeit und in der Politik vorleben, dann erst werden wir dem Vermächtnis der Widerstandskämpfer gerecht.

DER AUTOR

Christian Wulff
ist Ministerpräsident des Bundeslandes Niedersachsen und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU sowie Mitglied im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung.